

## EU-Arbeitslosenversicherung ist der falsche Weg

**Einmal mehr würde man die EU nicht stärken, sondern wieder in Zahler und Empfänger aufteilen. Auf Deutschland kämen viele Milliarden Euro Zusatzkosten zu, vermutlich getarnt als „Eurozonen-Haushalt“.**

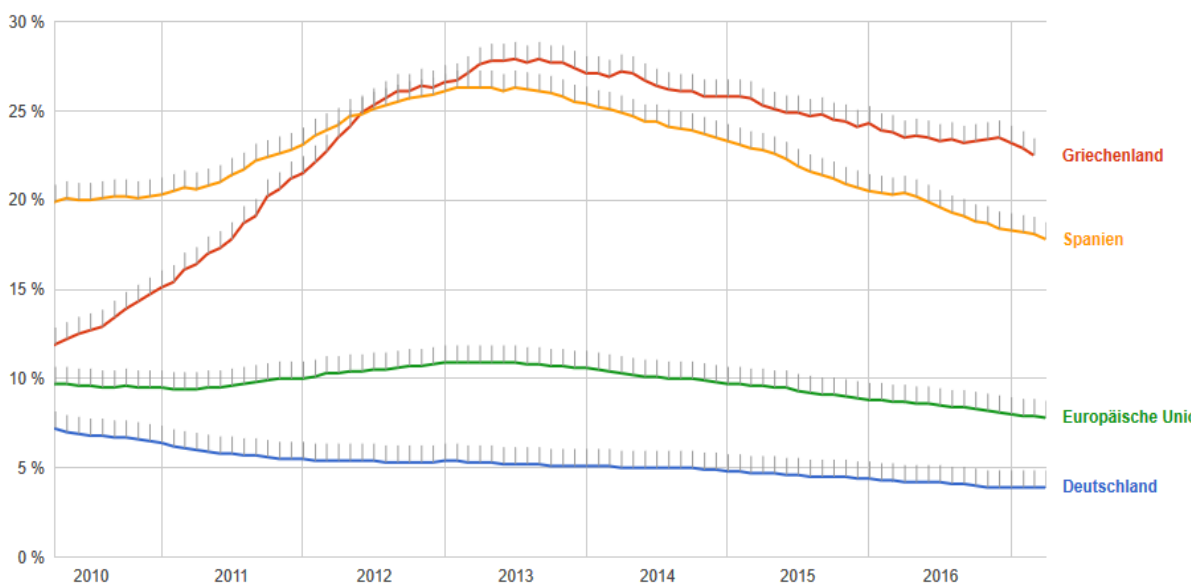
**Autor: Bernd Kölmel, MdEP**

**28. Juli 2017**

Seit Monaten geistert ein besonders absurder Vorschlag zur weiteren Kompetenzausdehnung der Europäischen Union durch die Medien: Eine EU-Arbeitslosenversicherung! Gemeint ist damit, dass eine „Basisabsicherung bei Arbeitslosigkeit“ durch den Haushalt der EU finanziert wird.

Diese Idee kommt insbesondere aus französischen Regierungskreisen und soll das Ziel haben „geschwächte Länder der Euro-Zone in einer Krise zu stabilisieren“. Nun, wie wir wissen sind geschwächte Länder in der Euro-Zone Alltag und Krisen teils Dauerzustand.

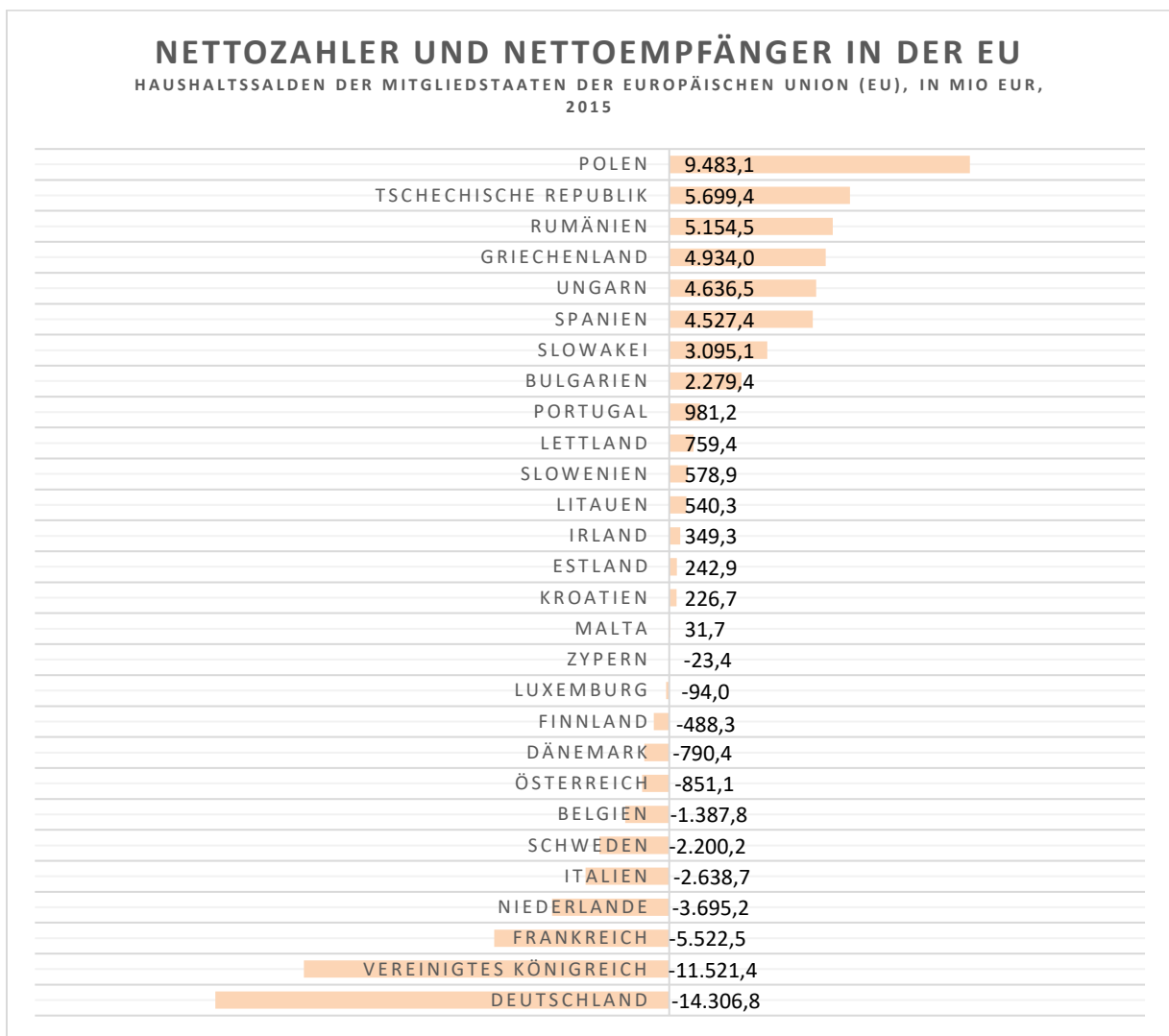
Betrachten wir dazu die Entwicklung der Arbeitslosenquote in der EU:



Quelle: [Eurostat, zuletzt aktualisiert am 27.06.2017](#),

Wie sich aus der Grafik ergibt sind die Arbeitslosenquoten in Krisenländern wie Griechenland und Spanien seit Jahren auf einem massiv erhöhten Niveau. In schlechten Jahren geht die Erwerbslosenquote in solchen Staaten überproportional in die Höhe und erholt sich anschließend äußerst schleppend. Da Spanien beispielsweise über 46 Millionen Einwohner hat, fällt auch die absolute Zahl an Erwerbslosen entsprechend hoch aus.

Die Befürworter dieser Idee der EU-weiten Arbeitslosenversicherung behaupten, dass man den Euro und damit die EU nur erhalten könne, wenn man auf „möglichst soziale Art“ neue Arten des Geldtransfers institutionalisiert. Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie denn der Haushalt der EU finanziert wird. Dies sind im Wesentlichen Beiträge der Mitgliedsstaaten, die sich wiederum an deren Brutto-Inlands-Einkommen orientieren. Der Grundgedanke ist einfach und auch fair: wirtschaftlich starke Länder mit hohem Bruttoinlands-Einkommen zahlen mehr, da ihre Wirtschaft auch bessere Chancen hat, von den (Freihandels-) Regelungen der EU zu profitieren. Wesentlich ist auch, wie sich die Ausgaben dieses Haushalts auf die Mitgliedsstaaten verteilen. Denn logischerweise erhält nicht jedes Land den Betrag zurück, den es einzahlt. Für 2015 ergeben sich folgende Beiträge der Mitgliedsstaaten und Zahlungen der EU:



Quelle: [Europäische Kommission: EU-Haushalt 2015 – Finanzbericht](#); [Eurostat: Online-Datenbank](#)

Den 12 Mitgliedsstaaten, die mehr an die EU gezahlt haben als sie zurückerhielten (Netto-Zahler), stehen 16 Mitgliedsstaaten gegenüber, die weniger an die EU gezahlt haben als sie zurückerhielten (Netto-Empfänger). Wie gesagt, dies gehört zu den Spielregeln, die Zahlen sind seit Jahren akzeptiert. Wer die Summe der bisherigen Nettosalde in Frage stellt, stellt auch die EU in Frage – denn beim Geld hört die Freundschaft bekanntlich auf. So argumentieren alle, die keinesfalls akzeptieren wollen, dass die EU weniger Geld als bisher erhalten sollte. Merkwürdigerweise hört man von diesen Leuten aber nicht das gleiche Argument, wenn es um Erhöhungen des Haushalts geht.

Dabei reden wir hier nicht über die berühmten Peanuts, also Kleinigkeiten. Die Dimension der finanziellen Verpflichtungen für einen Haushalt mit einer europäischen Arbeitslosenversicherung wird in der folgenden Tabelle aufgezeigt.

**Modellrechnung für erforderliche Beitragszahlungen zum EU-Haushalt mit einer EU-Arbeitslosenversicherung auf der Basis des Jahres 2016 (in Millionen Euro)**

Land	Nettobeitrag 2015 in Millionen Euro	Arbeitslose in 2016	Fiktive EU-Zahlungen an Arbeitslose in Millionen Euro	Fiktiver Nettobeitrag in Millionen Euro	Mehr-/Minderzahlung in Millionen Euro
Deutschland	13.270 €	1.771.000	4.463 €	20.577 €	7.307 €
Frankreich	4.544 €	2.972.000	7.489 €	6.270 €	1.725 €
Niederlande	3.400 €	538.000	1.356 €	4.836 €	1.436 €
Belgien	- 3.260 €	390.000	983 €	- 2.453 €	807 €
Schweden	2.046 €	366.000	922 €	2.826 €	780 €
Dänemark	662 €	187.000	471 €	1.252 €	590 €
Österreich	742 €	270.000	680 €	1.287 €	545 €
Irland	- 450 €	173.000	436 €	- 131 €	319 €
Finnland	399 €	237.000	597 €	640 €	241 €
Luxemburg	- 1.299 €	18.000	45 €	- 1.175 €	124 €
Tschechien	- 5.760 €	212.000	534 €	- 5.656 €	103 €
Malta	- 42 €	9.000	23 €	- 20 €	22 €
Estland	- 258 €	47.000	118 €	- 287 €	- 29 €
Zypern	9 €	55.000	139 €	- 27 €	- 36 €
Slowenien	- 599 €	80.000	202 €	- 636 €	- 36 €
Ungarn	- 4.683 €	235.000	592 €	- 4.817 €	- 134 €
Litauen	- 561 €	116.000	292 €	- 701 €	- 139 €
Lettland	- 776 €	95.000	239 €	- 915 €	- 140 €
Slowakei	- 3.127 €	266.000	670 €	- 3.503 €	- 376 €
Bulgarien	- 2.305 €	240.000	605 €	- 2.705 €	- 399 €
Kroatien	- 248 €	244.000	615 €	- 690 €	- 442 €
Italien	1.893 €	3.012.000	7.590 €	1.201 €	- 693 €
Rumänien	- 5.219 €	530.000	1.336 €	- 5.915 €	- 696 €
Portugal	- 1.067 €	571.000	1.439 €	- 1.765 €	- 698 €
Polen	- 9.640 €	1.063.000	2.679 €	- 10.516 €	- 877 €
Griechenland	- 5.004 €	1.131.000	2.850 €	- 7.270 €	- 2.266 €
Spanien	- 4.923 €	4.481.000	11.292 €	- 11.964 €	- 7.040 €
Summe	- 22.256 €	19.309.000	48.659 €	- 22.256 €	- €

Natürlich weiß heute niemand, wie eine EU-Arbeitslosenversicherung konkret ausgestaltet wäre. Daher habe ich mit folgenden Annahmen eine Modellrechnung erstellt:

- Der Berechnung liegt zugrunde, dass es in der EU 2016 durchschnittlich 19,3 Millionen Arbeitslose gab.
- Großbritannien wird nicht mehr berücksichtigt.
- Der Finanzbedarf für die Zahlungen an Arbeitslose wird als „EU-Grundpauschale“ mit durchschnittlich 300 Euro/Monat je Arbeitslosen angenommen.
- Dieser Finanzbedarf wird um 30% reduziert, da anzunehmen ist, dass die EU-Arbeitslosenversicherung je Person befristet gezahlt wird, jedoch nicht bekannt ist, wie groß die Fluktuation in der Gruppe der Arbeitslosen je Land ist.

- Die sich daraus ergebende Summe wird im Verhältnis der bisherigen Zahlungen der Mitgliedsstaaten aufgeteilt.

Der ausführliche Rechenweg ist aus der Anlage 1 ersichtlich.

Aus der Berechnung ergibt sich ein Finanzbedarf von 48,7 Milliarden Euro. Juristisch gesprochen wäre dies der Streitwert! Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Annahme der „EU-Grundleistung“ von 300 Euro/Person und Monat eher zu niedrig als zu hoch erscheint. Falls dieser Betrag verdoppelt würde, kommt man dementsprechend auch schnell auf 100 Milliarden Euro Finanzierungsbedarf.

Die sich verändernden Zahlungen für die EU-Staaten zeigt die letzte Spalte in der Tabelle. Danach würden 12 Länder mehr zahlen als bisher. Auf Deutschland würden über 7 Milliarden Euro höhere Nettobeiträge zukommen.

Wie wir aus den letzten Jahren EU und Euromitgliedschaft gelernt haben, bringen solche Transfers nur in den seltensten Fällen dauerhafte Verbesserungen. Am Ende bewirken solche Maßnahmen oft das diametrale Gegenteil des intendierten Ziels. Statt zum nachhaltigen Wirtschaften zu animieren, bestünde die Gefahr, dass durch die Vergemeinschaftung der Risiken und Lasten die Anstrengungen für eine Situationsverbesserung reduziert werden.

Daher ist dies nicht bloß ein Akt der Solidarität, über den man ja mit anderen Maßstäben entscheiden könnte. Nein, es ist eine Grundsatzfrage: wollen wir eine sozial orientierte, aber eigenverantwortliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsstaaten oder wollen wir eine eher sozialistisch-planwirtschaftlich orientierte Zentralisierung, in der BBB (Big Brother Brüssel) alles lenkt und leitet, weil nur die dort Tätigen weise genug sind, richtige Entscheidungen zu treffen?

Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen! Die Europäische Union wäre besser beraten, endlich die bestehenden Probleme zu lösen, als durch weitere übereilte und ungerechte Integrationsschritte neue Verteilbahnhöfe zu schaffen. Deshalb erteile ich den Plänen zur EU-weiten Arbeitslosenversicherung eine klare Absage!

## Anlage 1

Land	Bruttobeitrag 2105 in Millionen Euro	Anteil in %	Erhaltene EU- Zahlungen 2015 in Millionen Euro	Nettobeitrag 2015 in Millionen Euro	Arbeitslose in 2016	Fiktive EU- Zahlungen an Arbeitslose in Millionen Euro	Fiktiver Bruttobeitrag in Millionen Euro	Erhaltene EU- Zahlungen einschließlich nationale AL- Erstattung in Millionen Euro	Fiktiver Nettobeitrag in Millionen Euro	Mehr- /Minderzahlung in Millionen Euro
Deutschland	24.283 €	0,24	11.013 €	13.270 €	1.771.000	4.463 €	36.053 €	15.476 €	20.577 €	7.307 €
Frankreich	19.013 €	0,19	14.468 €	4.544 €	2.972.000	7.489 €	28.227 €	21.958 €	6.270 €	1.725 €
Niederlande	5.759 €	0,06	2.359 €	3.400 €	538.000	1.356 €	8.551 €	3.715 €	4.836 €	1.436 €
Belgien	3.692 €	0,04	6.952 €	- 3.260 €	390.000	983 €	5.481 €	7.935 €	- 2.453 €	807 €
Schweden	3.513 €	0,03	1.468 €	2.046 €	366.000	922 €	5.216 €	2.390 €	2.826 €	780 €
Dänemark	2.191 €	0,02	1.529 €	662 €	187.000	471 €	3.252 €	2.000 €	1.252 €	590 €
Österreich	2.529 €	0,03	1.787 €	742 €	270.000	680 €	3.755 €	2.468 €	1.287 €	545 €
Irland	1.558 €	0,02	2.009 €	- 450 €	173.000	436 €	2.314 €	2.445 €	- 131 €	319 €
Finnland	1.729 €	0,02	1.330 €	399 €	237.000	597 €	2.567 €	1.927 €	640 €	241 €
Luxemburg	350 €	0,00	1.649 €	- 1.299 €	18.000	45 €	520 €	1.695 €	- 1.175 €	124 €
Tschechien	1.315 €	0,01	7.075 €	- 5.760 €	212.000	534 €	1.953 €	7.609 €	- 5.656 €	103 €
Malta	92 €	0,00	134 €	- 42 €	9.000	23 €	137 €	157 €	- 20 €	22 €
Estland	185 €	0,00	443 €	- 258 €	47.000	118 €	274 €	561 €	- 287 €	- 29 €
Zypern	212 €	0,00	203 €	9 €	55.000	139 €	315 €	342 €	- 27 €	- 36 €
Slowenien	341 €	0,00	940 €	- 599 €	80.000	202 €	506 €	1.142 €	- 636 €	- 36 €
Ungarn	946 €	0,01	5.629 €	- 4.683 €	235.000	592 €	1.404 €	6.221 €	- 4.817 €	- 134 €
Litauen	316 €	0,00	877 €	- 561 €	116.000	292 €	469 €	1.170 €	- 701 €	- 139 €
Lettland	206 €	0,00	982 €	- 776 €	95.000	239 €	306 €	1.221 €	- 915 €	- 140 €
Slowakei	608 €	0,01	3.735 €	- 3.127 €	266.000	670 €	903 €	4.405 €	- 3.503 €	- 376 €
Bulgarien	424 €	0,00	2.730 €	- 2.305 €	240.000	605 €	630 €	3.334 €	- 2.705 €	- 399 €
Kroatien	357 €	0,00	605 €	- 248 €	244.000	615 €	530 €	1.219 €	- 690 €	- 442 €
Italien	14.232 €	0,14	12.339 €	1.893 €	3.012.000	7.590 €	21.129 €	19.929 €	1.201 €	- 693 €
Rumänien	1.319 €	0,01	6.538 €	- 5.219 €	530.000	1.336 €	1.959 €	7.874 €	- 5.915 €	- 696 €
Portugal	1.529 €	0,02	2.595 €	- 1.067 €	571.000	1.439 €	2.270 €	4.034 €	- 1.765 €	- 698 €
Polen	3.718 €	0,04	13.358 €	- 9.640 €	1.063.000	2.679 €	5.520 €	16.036 €	- 10.516 €	- 877 €
Griechenland	1.206 €	0,01	6.210 €	- 5.004 €	1.131.000	2.850 €	1.790 €	9.060 €	- 7.270 €	- 2.266 €
Spanien	8.773 €	0,09	13.696 €	- 4.923 €	4.481.000	11.292 €	13.024 €	24.988 €	- 11.964 €	- 7.040 €
Summe	100.395 €	1,00	122.651 €	- 22.256 €	19.309.000	48.659 €	149.054 €	171.310 €	- 22.256 €	- €